

Extremismus mit Auslandsbezug

5.1 Mitglieder-Potenzial

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Organisationen mit Auslandsbezug Bundesrepublik Deutschland	2019	2020
Türkische Rechtsextremisten ¹¹⁹	11.000	
PKK	14.500	
Türkische Linksextremisten ¹²⁰	2.550	
Summe	28.050	

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Organisationen mit Auslandsbezug Niedersachsen	2019	2020
Türkische Rechtsextremisten ¹²¹	700	700
PKK	1.600	1.600
Türkische Linksextremisten ¹²²	200	200
Summe	2.500	2.500

5.2 Einführung

Unter der Bezeichnung „Extremismus mit Auslandsbezug“ werden in Niedersachsen alle weiteren Erscheinungsformen des Extremismus zusammengefasst, die einen starken Bezug zum Ausland aufweisen, ohne im Zusammenhang mit islamistischen Ideologien zu stehen. Der Extremismus mit Auslandsbezug ist geprägt von einer Vielzahl von Gruppierungen unterschiedlicher Organisationsstruktur und Größe. Im Unterschied zum Islamismus liegt die Zielsetzung dieser Gruppen überwiegend in der Durchsetzung linksextremistischer, separatistischer oder nationalistischer bzw. rassistischer Vorstellungen, die regelmäßig auf radikale Veränderungen der politischen Verhältnisse in den Heimat-

¹¹⁹ Die ausgewiesenen Zahlen beziehen sich im Gegensatz zu den Vorjahren nur auf türkische Rechts- bzw. Linksextremisten. Sie weichen daher von den Zahlen der Vorjahre ab.

¹²⁰ Siehe Fußnote 119.

¹²¹ Siehe Fußnote 119.

¹²² Siehe Fußnote 119.

regionen abzielen. Die Situation im Herkunftsland ist dabei richtungsweisend für die Intensität des Auftretens und auch das Militanzniveau in Deutschland. Extremistische türkische und kurdische Gruppierungen bilden in Niedersachsen den Schwerpunkt der Beobachtung.

Die in Deutschland agierenden Gruppierungen werden i. d. R. durch politisch-strategische Vorgaben aus dem Heimatland gesteuert. Deutschland wird dabei in erster Linie als sicherer Rückzugsraum betrachtet, in dem Geld gesammelt, rekrutiert, mobilisiert und propagiert werden kann und von dem aus gewaltsame Aktionen im eigentlichen Bezugsland vorbereitet werden können. In Abhängigkeit der Entwicklung im Heimatland ist gelegentlich auch mit gewalttätigen Aktionen in Deutschland zu rechnen. Die Propaganda für die jeweilige politische Vorstellung und Mobilisierungsaktionen, etwa für Demonstrationen, gehen dabei Hand in Hand und werden überwiegend über das Internet verbreitet. Soziale Netzwerke (z. B. Facebook) und Messenger-Apps (z. B. WhatsApp) dienen darüber hinaus der Gewinnung neuer Sympathisierender und Mitglieder.

Auch Konflikte zwischen den widerstreitenden Gruppierungen treten in Deutschland auf und werden sowohl durch Propaganda als auch durch Gewaltanwendung sichtbar.

5.3 Aktuelle Entwicklungen im Extremismus mit Auslandsbezug

Schwerpunkt der Beobachtung beim Extremismus mit Auslandsbezug in Niedersachsen bleibt auch im Jahr 2020 die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Wie bereits in den Vorjahren sorgte auch 2020 das Vorgehen des türkischen Militärs in den kurdisch besiedelten Gebieten, insbesondere in Syrien und dem Nordirak, unter den PKK-Anhängern in Deutschland für Empörung. Durch die coronabedingten Einschränkungen fanden 2020 jedoch weitaus weniger öffentlichkeitswirksame Protestveranstaltungen statt.

Die Hoffnung der PKK auf Streichung von der EU-Terrorliste und eine Aufhebung des Betätigungsverbots in Deutschland aufgrund ihres jahrelangen Einsatzes für die Anti-IS-Koalition in Syrien und im Irak ist weiter geschwunden.

Die türkisch nationalistische „Ülkücü (Idealisten-)Bewegung“ mit einer nach westeuropäischem Rechtsverständnis rassistischen Ideologie tritt als absoluter Gegenpol zu den von „Ülkücü“ als separatistisch empfundenen ethnischen Minderheiten in der Türkei auch in Deutschland in Erscheinung.

In den vergangenen Jahren führte das militärische Vorgehen der Türkei in den kurdischen Siedlungsgebieten in Syrien und im Nordirak zu massiven Protesten von PKK-Aktivist*innen in Europa. In diesem Zusammenhang wuchsen auch die Spannungen zwischen den Anhänger*innen und Anhängern der nationalistischen-rechtsextremistischen „Ülkücü-Bewegung“ und PKK-Anhänger*innen und -Anhängern.

Das Jahr 2020 hingegen war maßgeblich geprägt durch die Corona-Pandemie. Sowohl die PKK und ihre Nebenorganisationen, als auch die Ülkücü-Dachverbände riefen dazu auf, sich an die staatlichen Vorgaben zu halten. Vereinsräumlichkeiten wurden geschlossen und viele geplante Veranstaltungen und Treffen konnten nicht stattfinden. Sowohl die Kommunikation untereinander, als auch Konfrontationen zwischen den Gruppierungen verlagerten sich zunehmend in die digitale Welt.

Auch linksextremistische türkische Gruppierungen werden vom Niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtet. Die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ („Devrimci Halk Kurtulus Partisi Cephesi“, DHKP-C) kämpft für die proletarische Revolution und die Umwandlung des türkischen Staates in eine marxistisch-leninistische Diktatur. Bei Attentaten, die seit Gründung der DHKP-C (1994) begangen wurden, kamen nach Angaben türkischer Stellen über 200 Menschen ums Leben. In Deutschland wurde die DHKP-C 1998 verboten, seit 2002 wird sie von der Europäischen Union als terroristische Vereinigung gelistet. Trotz des Verbots agiert die DHKP-C bis heute in Deutschland und nutzt dabei die Popularität der Musikgruppe „Grup Yorum“, um ihre Anhänger*innen und Anhänger zu mobilisieren und ideologisch im Sinne der DHKP-C zu indoktrinieren.

Ebenfalls aktiv sind die türkische „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ („Marksist Leninist Komünist Partisi“, MLKP) sowie die „Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten“ („Türkiye Komünist Partisi/Marksist Leninist“, TKP/ML). Beide Organisationen bekennen sich zum revolutionären Marxismus-Leninismus und fordern die Zerschlagung des türkischen Staatswesens. Mitglieder der MLKP sind im syrischen Bürgerkrieg im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat im Einsatz, mehrere MLKP-Mitglieder kamen dabei ums Leben.

Ausblick

Politische Ereignisse in der Türkei führen weiterhin regelmäßig dazu, dass Deutschland – das seit vielen Jahren in erster Linie von den extremistischen Gruppierungen als sicherer Rückzugsraum gesehen wird – spontan und nachhaltig zum Austragungsort massiven Demonstrationsgeschehens, gewaltsamer Auseinandersetzungen und von Straftaten wie Blockadeaktionen, Besetzungen, Brandstiftungen oder Sachbeschädigungen werden kann. Allen voran die PKK zeigt trotz propagierter grundsätzlich friedlicher Linie und Gewaltverzicht für Europa, dass sie nach wie vor in der Lage ist, ihre Anhänger spontan zu mobilisieren und zu emotionalisieren. Auch in 2021 werden der Gesundheitszustand Öcalans oder auch das Agieren des türkischen Präsidenten Erdoğan in den kurdisch besiedelten Gebieten der Türkei, Syriens und im Nordirak als Auslöser der beschriebenen Konflikte wirken.

5.4 Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)

<p>Weitere Bezeichnungen</p>	<p>„Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan“ (KADEK)/ „Volkskongress Kurdistan“ (KONGRA GEL)/„Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (KKK)/„Vereinigte Gemeinschaften Kurdistan“ (KCK)</p>
<p>Sitz/Verbreitung</p>	<p>Nord-Irak, Türkei, Syrien</p>
<p>Gründung/ Bestehen seit</p>	<p>1978 in der Türkei</p>

Leitung	Abdullah Öcalan
Mitglieder/Anhänger	Bund: Niedersachsen: 1.600 →
Publikationen	Yeni Özgür Politika (Neue Freiheit Politik) (werktätlich) Serxwebun (Unabhängigkeit) (monatlich) Sterka Ciwan (Stern der Jugend) vormals Ciwanên Azad (Freie Jugend) (monatlich)
Sender	u. a. Med Nûçe TV
Kurzportrait/Ziele	<p>Die „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK) wurde 1978 von Abdullah Öcalan in der Türkei gegründet. Öcalan gilt bis heute als unumstößliche Führungsfigur.</p> <p>Ursprünglich durch marxistisch-leninistische Programmatik geprägt, vertritt die PKK heute eine kurdisch-nationalistische Ideologie. Sie propagiert die Etablierung einer nichtstaatlichen und länderübergreifenden, demokratischen Selbstverwaltung der Kurden unter Beachtung existierender Grenzen auf türkischem, teilweise auch auf iranischem, irakischem, syrischem und armenischem Gebiet. Das Ausrufen der „Demokratischen Autonomie“ in den drei syrisch-kurdischen Kantonen Afrin, Cizre und Kobane im Jahr 2014 war für die PKK ein eminent wichtiger Schritt auf dem Weg zu dem von ihr angestrebten, nationale Grenzen überschreitenden „Kurdistan“.</p> <p>Die PKK kämpft in der Türkei seit dem Jahr 1984 mit ihrem militärischen Arm, den „Volkverteidigungskräften“ (HPG) gegen türkische Gendarmerie- und Militäreinheiten, aber auch gegen Teile der kurdischen Bevölkerung in der Türkei.</p> <p>Seit Verkündung des „Friedenskurses“ im Jahr 1999 vollzog die PKK zahlreiche Umstrukturierungen, die auch mit Umbenennungen einhergingen. Auf unterschiedliche Weise wollte sie damit ihre politische Neuausrichtung nach außen dokumentieren und sich vom Makel einer Terrororganisation befreien. Entsprechend benannte sie sich im Jahr 2002 in „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan“ (KADEK) und im Jahr 2003 in „Volkskongress Kurdistan“ (KONGRA GEL) um. Ab dem Jahr 2005 trat die PKK unter der Bezeichnung „Gemeinschaften der Kommunen in Kurdistan“ (KKK) und seit dem Jahr 2007 unter „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistan“ (KCK) auf. Die neuen Namen finden zwar Verwendung, sind in der Anhängerschaft aber eher wenig populär.</p>

Am 15.02.1999 wurde Öcalan in Nairobi (Kenia) verhaftet und anschließend in der Türkei wegen Hochverrats zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) erließ mit Verfügung vom 22.11.1993 ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot für die PKK im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes. Nach einem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 02.05.2002 wurde die PKK in die Liste terroristischer Organisationen („EU-Terrorliste“) aufgenommen.

Finanzierung

Die Beschaffung von finanziellen Mitteln, vorwiegend durch Spenden, ist nach wie vor eine der Hauptaktivitäten der PKK in Deutschland. Der Propagandaapparat, wie z. B. Fernsehsender oder Publikationen, muss ebenso finanziert werden wie die politischen Kampagnen, die Unterorganisationen und die Guerilla-Armee. Hierzu dient vor allem die jährlich stattfindende Spendenkampagne. Im Jahr 2020 lag der Ertrag allein in Deutschland – wie in den letzten Jahren – bei mehreren Millionen Euro. In den letzten 10 Jahren konnte die PKK die jährliche Spendensumme mehr als verdreifachen. Die Spendenbereitschaft der mit der PKK sympathisierenden kurdischen Bevölkerung in Deutschland ist auch in diesem Jahr aufgrund der aktuellen Situation in der Türkei, in Syrien und im Nordirak noch einmal gewachsen. Auch die Sorge um den Gesundheitszustand des in der Türkei lebenslang inhaftierten Abdullah Öcalan erhöht die Solidarität und die Bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Aktionismus der PKK zu finanzieren. Überdies werden Einkünfte auch durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Zeitschriften und den Erlös aus dem Verkauf von Eintrittskarten zu Großveranstaltungen erzielt.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

In der Türkei verfolgt die PKK ihre Ziele seit 1984 bis heute mit Waffengewalt. Dies zeigen die bis in das Jahr 2020 andauernden Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und der PKK-Guerilla sowie terroristische Anschläge in der Türkei.

Propaganda, Rekrutierungen und Finanzierung über Spendeneintreibung sind hierfür entscheidende Vorbereitungshandlungen, die in ganz Europa und damit auch in Deutschland kontinuierlich bis heute vorangetrieben werden. Auch Deutschland war Anfang der 1990er Jahre Schau-



Logo der PKK in Europa;
in Deutschland verboten

platz erheblicher Gewalttaten der PKK. Überfälle und Brandanschläge auf türkische diplomatische Vertretungen, türkische Banken und Reisebüros sowie Geschäfte, Gaststätten und Vereinslokale erfolgten häufig und zum Teil sogar bundesweit im Rahmen konzertierter Aktionen. Als Reaktion auf die Gewalttaten in den 1990er Jahren erfolgte 1993 das Betätigungsverbot in Deutschland.

Mittlerweile setzt die PKK im Rahmen einer Doppelstrategie zwar weiterhin in der Türkei auf Waffengewalt, Deutschland jedoch dient überwiegend als Rückzugsraum. Hier werden Geldmittel gesammelt, für die Parteilarbeit und die Guerilla rekrutiert sowie Propaganda betrieben. Trotz allem zeigt sich die Organisation nach wie vor grundsätzlich bereit, militante Aktionen ihrer Anhänger in Deutschland zumindest zu billigen. Zu nennen sind hier z. B. Auseinandersetzungen mit nationalistischen türkischen Gruppen oder Propagandaaktionen, die aufgrund großer Emotionalisierung in Widerstandshandlungen gegen die Polizei ausufern¹²³.

Damit gefährdet die Organisation weiterhin die innere Sicherheit und auch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland und erfüllt damit die Voraussetzungen für ihre Beobachtung (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 NVerfSchG).

Organisatorische Strukturen

„Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa“ (Kongreya Civakên Demokratîk ên Kurdistanyên li Ewropa)

Der in Belgien ansässige „Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa“ (KCDK-E) bildet die PKK-Europaführung, in die auch die „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (Civata Demokratîk Kurdistan, CDK) als politischer Arm der PKK integriert ist. Die CDK unterliegt in Deutschland ebenfalls dem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot.



Die Organisation unterhält ein verzweigtes Netz verdeckt handelnder Funktionäre, die Anordnungen und Vorgaben der Organisati-

¹²³ Siehe z. B. Abschnitt „Ausschreitungen beim ‚Langen Marsch‘ der Jugendlichen“.

onsspitze an die nachgeordneten Hierarchieebenen zur Umsetzung weitergeben. An der Spitze dieser hierarchischen Strukturen stehen Funktionäre, die in der Regel von der PKK-Europaleitung für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt werden.

„Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland“ (aufgelöst)

Das „Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e.V.“ (NAV-DEM) mit Sitz in Düsseldorf, welches lange Zeit als Dachverband für die der PKK-nahestehenden Vereine in Deutschland fungierte, hat sich zum 30.01.2020 aufgelöst.

Durch die Auflösung von NAV-DEM ist jedoch kein Vakuum entstanden. Die „Konföderation der Gesellschaften Mesopotamiens in Deutschland“ (KON-MED) nahm bereits unmittelbar nach ihrer Gründung im Mai 2019 die Aufgaben wahr, die NAV-DEM oblagen. Genau wie zuvor NAV-DEM ist KON-MED als deutscher Dachverband in die o. a. europäische Dachorganisation KCDK-E eingebettet. KON-MED gehören folgende regionale Föderationen an¹²⁴:

KON-MED – Konföderation der Gemeinschaften in Deutschland e. V.



124 Vgl. www.KON-MED.com, abgerufen am 09.02.2021.

Die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Föderationen entspricht dabei nicht zwingend den tatsächlichen Grenzen der Bundesländer. Niedersachsen ist ganz überwiegend der FED-DEM zuzurechnen.

Für die Umsetzung von Vorgaben der Führungsspitze und den Informationsfluss zur Basis bedient sich die PKK überwiegend der örtlichen Vereine in Deutschland. Diese dienen der PKK als Treffpunkte und Anlaufstellen.

KON-MED initiiert regelmäßig über die Ortsvereine öffentlichkeitswirksame Aktionen, die sich jeweils auf aktuelle Geschehnisse oder bestimmte Jahrestage, etwa den Gründungstag der PKK, beziehen. KON-MED ist nicht vom PKK-Betätigungsverbot betroffen. In Niedersachsen existieren Vereine z. B. in Aurich, Hannover, Hildesheim, Lohne, Osnabrück, Peine, Salzgitter und Stade.

Jugendorganisationen

Den PKK-Jugendorganisationen kommt seit Jahren in Bezug auf Propaganda, Aktionismus und Rekrutierung eine wichtige Rolle zu. Die PKK-Jugendorganisation „Ciwanên Azad“ (CA) wurde auf einer europaweiten Jugendversammlung im April 2013 in Troisdorf (Nordrhein-Westfalen) als europäischer Dachverband der PKK-Jugend gegründet. Der Dachverband soll als legaler Verband fungieren und steht dabei neben der viel älteren Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ (KC). Beide Organisationen umfassen denselben Personenkreis. Der CA sollen ausschließlich positive Schlagzeilen

zugeschrieben werden, KC tritt in Aktion, wenn Negatives öffentlich wird. Am 21.10.2018 wurde ein neuer europaweiter Dachverband jugendlicher PKK-Anhänger namens „Tevgera Ciwanên Şoreşger“ („Bewegung der revolutionären Jugend“, TCŞ) gegründet. Die TCŞ scheint den bisherigen europäischen Dachverband der PKK-Jugend CA abzulösen, ohne dass CA bisher tatsächlich aufgelöst wurde.

Am 08.07.2020 berichtet die PKK-nahe Nachrichtenagentur Firat News (ANF) erstmalig über die Gründung der „Jinen Ciwan en Tekoser“ („Bewegung der jungen kämpferischen Frauen“, TEKO-JIN) als eigene Organisation für weibliche Jugendliche. TEKO-JIN selbst bezieht sich in ihrer Gründungserklärung ideologisch auf die Ideen des PKK-Führers Abdullah Öcalan.



Aktionen und Kampagnen von jugendlichen PKK-Anhängern im Jahr 2020 wurden von TCŞ und TEKO-JIN Aktivisten initiiert¹²⁵. Diese Aktionen werden einerseits in den eigenen Medien sehr öffentlichkeitswirksam dargestellt. Andererseits ist festzustellen, dass diese Aktionen¹²⁶ auch internationale bzw. überregionale PKK-Anhänger anziehen. Insofern haben zwar die Aktivitäten in Niedersachsen zugenommen, sie wirken sich aber nicht zählbar auf das Personenpotenzial aus, das daher seit einigen Jahren konstant ist.

Sonstige Massenorganisationen

Weitere PKK-nahe Massenorganisationen verfolgen das Ziel, den Einfluss der PKK in möglichst allen Segmenten der kurdischstämmigen Gemeinschaft zu verankern. In diesem Zusammenhang sind besonders der „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK) sowie der „Verband der studierenden Frauen aus Kurdistan“ (JXK) hervorzuheben, die durch Veranstaltungen oder Aktionen – insbesondere in Universitäten – regelmäßig aktiv in Erscheinung treten. Auch auf anderen Gruppen, die als gesellschaftliche Multiplikatoren wirken bzw. in Zukunft wirken könnten, liegt ein besonderes Augenmerk. Entsprechend fungieren die „Union der kurdischen Lehrer“ (YMK), die „Union der Journalisten Kurdistans“ (YRK) sowie die „Union der Juristen Kurdistans“ (YHK). In diesem Zusammenhang ist auch die Etablierung der „Islamischen Gemeinde Kurdistans“ (CIK) als Versuch der Einflussnahme auf kurdischstämmige Muslime zu werten. Diese Organisationen sind auch in Niedersachsen aktiv.



Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Reaktionen auf türkische Militäroperationen

Mehrere – aus Sicht der PKK einschneidende – Entwicklungen in den Heimatregionen (Türkei, Irak und Syrien) gaben ab Mitte 2020 Anlass zu vermehrten Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet. Auslöser waren Luftangriffe des türkischen Militärs gegen (mutmaßliche) PKK-Stellungen im Nordirak.

In der Nacht auf den 15.06.2020 startete die türkische Luftwaffe

¹²⁵ Siehe z. B. Abschnitt „Kampagne ‚Zusammen zum Aufstand‘“ und Abschnitt „Ausschreitungen beim ‚Langen Marsch‘ der Jugendlichen“.

¹²⁶ Siehe Abschnitt „Ausschreitungen beim ‚Langen Marsch‘ der Jugendlichen“.

unter dem Namen „Adlerklaue“ eine Militäroffensive im Irak. In der Nacht zum 17.06.2020 begann unter dem Namen „Tigerkrallen“ eine Bodenoffensive der türkischen Armee in der Region Heftanîn (Irak). Aufgrund der Angriffe rief die PKK-Europaführung KCDK-E „die gesamte Menschheit“ zum „totalen Widerstand“ gegen den „umfassenden Angriff des AKP/MHP-Faschismus und zur Verteidigung Kurdistans“ auf.¹²⁷

Auch KON-MED kritisierte die Angriffe und rief zu Aktionen auf.¹²⁸

In Niedersachsen fanden Protestveranstaltungen in Göttingen, Hannover, Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück und Salzgitter statt. An den Versammlungen nahmen bis zu 300 Personen teil. Sie verliefen – abgesehen von vereinzelt Verstößen gegen das Vereinsgesetz (überwiegend Zeigen verbotener Symbolik) – friedlich. Auch deutsche Linksextremisten, die sich solidarisch erklärten, sowie das demokratische Spektrum beteiligten sich an den Protesten.

Murat Karayilan, Kommandant der „Volksverteidigungskräfte“ (HPG, militärischer Arm der PKK in der Türkei) machte im Rahmen einer TV-Sondersendung am 21.06.2020 darauf aufmerksam, dass zwischen dem türkischen Staat und „uns“ ein umfassender Krieg stattfindet.

„Wir möchten in dieser Zeit nicht, dass Menschen aus Europa und Russland als Touristen in die Türkei kommen. ... Das Geld, das Touristen in der Türkei ausgeben, wird zu einer gegen das kurdische Volk gerichteten Kugel. ... Falls sie es doch tun und Schaden erleiden, sind wir nicht dafür verantwortlich. Ich sage nicht, dass wir sie angreifen werden, aber hier findet ein Krieg statt. Wenn sie ins Kriegsgebiet kommen und Schaden davontragen, können wir nicht die Verantwortung übernehmen. ... Dieser Staat führt Krieg gegen unser Volk und wir leisten legitimen Widerstand.“

(„Karayilan: Touristen sollten nicht in die Türkei kommen“, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News am 22.06.2020, abgerufen am 22.06.2020)

¹²⁷ Vgl. „Kurdische Verbände rufen zum Protest auf“, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News am 15.06.2020, abgerufen am 15.06.2020.

¹²⁸ Vgl. „KCDK-E ruft Protestwoche gegen türkische Angriffe aus“, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News am 16.06.2020, abgerufen am 16.06.2020.

Kampagne „Zusammen zum Aufstand“

Die PKK-Jugendorganisationen TCŞ und TEKO-JIN initiierten am 20.07.2020 eine Kampagne unter dem Motto „Zusammen zum Aufstand“ (Bi hev Re Serhildan). Mit dieser Kampagne kämpfen die jugendlichen PKK-Anhänger für die Freiheit Öcalans, das Ende seiner Isolationshaft auf der Gefängnisinsel Imrali und gegen die Besetzung „Kurdistans“. Erste Aktionen zivilen Ungehorsams wurden Ende Juli festgestellt. Aktivisten von TCŞ und TEKO-JIN protestierten u. a. auf einem Ausflugsboot in Paris gegen die türkischen Angriffe in Südkurdistan (Nordirak). Die Jugendlichen trugen Transparente und PKK-Fahnen bei sich und skandierten Parolen wie „Biji serok Apo“¹²⁹. Am 03.08.2020 wurde auf der Internetseite der PKK-Jugend „Nuce Ciwan“ ein Aufruf von PKK-AktivistInnen der TCŞ und TEKO-JIN aus Wuppertal und Hannover veröffentlicht. Unter der Überschrift „Jugendliche aus Wuppertal und Hannover rufen zum gemeinsamen Aufstand auf“ warben sie für die Kampagne „Zusammen zum Aufstand“. Die Jugendlichen sollen nicht zum



„Faschismus, Kapitalismus und den mörderischen Plänen des türkischen Besetzerstaates in Kurdistan schweigen und sich aktiv dagegen organisieren“.

(Internetseite der PKK-Jugend „Nuce Ciwan“)

In einem Video rufen die Jugendlichen aus Hannover dazu auf, an der „gemeinsamen Rebellion“ teilzunehmen.

Auf der Internetseite von „Nuce Ciwan“ wird über eine Aktion der PKK-Studentenorganisationen YXK und YJK zusammen mit TCŞ und TEKO-JIN in Hannover berichtet. Sie klebten am 06.08.2020 an der Universität Hannover Plakate und machten mit einem Transparent auf das Thema „Gewalt an Frauen“ aufmerksam.

Kampagne „Schluss mit Isolation, Faschismus, Besetzung – Zeit für Freiheit“ gestartet

Der Exekutivrat der KCK hat zum 12.09.2020, dem 40. Jahrestages des Militärputsches in der Türkei (12.09.1980) eine wegweisende Erklärung abgegeben. In der Erklärung kündigt die KCK eine neue weltweite Offensive gegen den „Faschismus des türkischen Staates“

¹²⁹ Die kurdische Parole bedeutet übersetzt: Es lebe der Führer Apo; mit Apo ist der PKK-Führer Abdullah Öcalan gemeint.

an.¹³⁰ Die Erklärung der KCK wurde vom KCDK-E aufgegriffen, der zum Start der Kampagne die Kurdinnen und Kurden weltweit zum aktiven Widerstand aufrief.¹³¹ Bereits am 12.09.2020 fanden bundesweit Veranstaltungen statt; in Niedersachsen in Braunschweig und Oldenburg.

Für die Freiheit und gegen die Isolation Öcalans rief KON-MED zu einem dezentralen Aktionstag am 10.10.2020 unter dem Motto „#RiseUpAgainstIsolation“ auf.¹³² Der Aktionstag dürfte ebenfalls Teil der Kampagne sein.

Im weiteren Verlauf der Kampagne fanden Veranstaltungen z. B. in Hannover, Hildesheim, Norden, Oldenburg und Salzgitter statt.

An einer Großdemonstration für die Freiheit Abdullah Öcalans am 05.12.2020 in Stuttgart nahmen bis zu 300 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet, auch aus Niedersachsen, teil. Für die Veranstaltung wurde im Vorfeld im Internet u. a. durch KON-MED und TCŞ mobilisiert.

Außerdem rief der KCDK-E zu einer breiten Plakat- und Transparentaktion für die Freiheit Öcalans auf. Es soll für jeden Tag der 21-jährigen Isolationshaft Öcalans ein Plakat aufgehängt werden.¹³³ In Niedersachsen wurde der Aufruf z. B. in Aurich und Wilhelmshaven¹³⁴ aber auch in Celle¹³⁵, Hannover und Stade umgesetzt.

Ausschreitungen beim „Langen Marsch“ der Jugendlichen

Bedingt durch die Corona-Pandemie konnte das alljährlich im September stattfindende „Internationale Kurdische Kulturfestival“ erstmals seit 1992 nicht als Großveranstaltung durchgeführt werden. Als Ersatz sollten kleinere Veranstaltungen dienen. Der traditionell

130 Vgl. „KCK startet Offensive gegen Isolation, Faschismus und Besatzung“ vom 12.09.2020, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News.

131 Vgl. „KCDK-E: Zeit für Freiheit!“ vom 12.09.2020, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News, abgerufen am 14.09.2020.

132 Vgl. „Aktionstag: Rise up against isolation!“ vom 24.09.2020, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News, abgerufen am 24.09.2020.

133 Vgl. „KCDK-E: Ein Plakat für jeden Hafttag Öcalans“ vom 05.11.2020, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News, abgerufen am 05.11.2020.

134 Vgl. „Europa: Überall hängen Öcalan-Bilder“ vom 09.11.2020, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News, abgerufen am 11.11.2020.

135 Vgl. „Celle: Wir sagen NEIN zum Faltersystem!“ vom 21.11.2020, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News, abgerufen am 23.11.2020 oder vgl. „Wir sagen NEIN zum Faltersystem!: Transpi-Aktion der TekoJIN in Celle“ vom 21.11.2020, veröffentlicht auf der Internetseite von Nuce Ciwan, abgerufen am 23.11.2020.

dem Festival vorgeschaltete „Mesa Direj“, der „Lange Marsch“ der Jugendlichen fand jedoch statt. Er führte unter dem Motto „Für die Freiheit Abdullah Öcalans – Zusammen erheben“ vom 05. bis 11.09.2020 in mehreren Etappen von Hannover nach Hamburg. Es beteiligten sich täglich bis zu 200 Personen an dem Marsch. Der Großteil der Teilnehmenden kann den PKK-Jugendorganisationen TCŞ und TEKO-JIN zugerechnet werden.

Die ersten Etappen des „Langen Marsches“ verliefen störungsfrei, am 10.09.2020 gab es aber einen Zwischenfall, als etwa 90 Teilnehmende des Marsches mit dem Zug von Lüneburg nach Winsen/Luhe fuhren. Im Zug stellte das eingesetzte Personal fest, dass die Gruppe nicht über gültige Fahrausweise verfügte und viele Teilnehmende keinen Mund-Nasenschutz trugen. Die Gruppe wurde daraufhin von der weiteren Fahrt ausgeschlossen, woraufhin die Jugendlichen begannen, das Zugpersonal anzuzeihen. Deswegen stoppte der Zug außerplanmäßig im Bahnhof in Bardowick (Landkreis Lüneburg). Einsatzkräfte von Bundes- und Landespolizei sprachen zunächst mit den Reisenden. Als sie die Personalien feststellen wollten, wurden die Einsatzkräfte massiv körperlich angegriffen.

14 festgestellte Personen hielten sich unerlaubt in Deutschland auf. Gegen neun Personen lagen Fahndungsnotierungen vor, unter anderem wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung PKK. Gegen eine weitere Person lag ein europäischer Haftbefehl vor. Es wurden 87 Anzeigen wegen des Erschleichens von Leistungen, sechs wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie wegen mehrerer Körperverletzungsdelikte und eines Falls von Gefangenenerfreierung gefertigt.

Die letzte Etappe des Marsches am 11.09.2020 verlief ebenfalls nicht störungsfrei. Während einer Zwischenkundgebung im Hamburger Schanzenviertel entzündeten verummte Personen ein Feuerwerk auf dem Dach der „Roten Flora“ und entrollten ein Transparent mit



dem Bildnis des PKK-Führers Öcalan. Die Teilnehmenden schwenkten Fahnen mit dem Bildnis Öcalans und skandierten Parolen. Auf polizeiliche Aufforderung hin wurde dies nicht unterlassen. Die Polizei drohte daraufhin damit, die Versammlung aufzulösen. Dem kam der Versammlungsleiter zuvor und beendete die Veranstaltung.

Die PKK-Jugendorganisationen TCŞ und TEKO-JIN sowie die Studentenorganisationen YXK und JXK verurteilten in einer gemeinsamen Presseerklärung den Polizeieinsatz in Bardowick als willkürlich, unrechtmäßig und politisch motiviert. Auch KON-MED verurteilte in einer Pressemitteilung die „Polizeigewalt“ scharf. Die PKK-nahe Nachrichtenagentur ANF schrieb dazu auf ihrer Homepage:

„Das Ausmaß der völlig unbegründeten, willkürlichen Polizeigewalt erinnere an die Zustände in der Türkei.“

Die Ausschreitungen beim diesjährigen „Langen Marsch“ überraschen nicht. Bereits in den Vorjahren war es im Zusammenhang mit dem „Langen Marsch“ regelmäßig zu Auseinandersetzungen entweder mit rechtsextremistischen Türken oder mit den Marsch begleitenden Polizeikräften gekommen.

Dies zeigt die weiterhin vorhandene Gewaltbereitschaft unter der Anhängerschaft der PKK-Jugendorganisationen. Wie in der Vergangenheit wurden die Straf- und Gewalttaten der jugendlichen PKK-Anhängerinnen und -Anhänger, insbesondere nach empfundenen Provokationen, impulsiv verübt.

Proteste gegen den „Bagdad-Hewlêr-Pakt“¹³⁶

Am 09.10.2020 schlossen die irakische Zentralregierung in Bagdad und die Regierung der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak unter Führung der „Demokratischen Partei Kurdistan“ („Partiya Demokrata Kurdistanê“ – PDK)¹³⁷ ein Abkommen für die Region Shengal („Bagdad-Hewlêr-Pakt“). Das Abkommen soll im Vorfeld von den USA mit initiiert und von der Türkei unterstützt worden sein.

¹³⁶ Hewlêr ist die kurdische Bezeichnung der Stadt Erbil, die Hauptstadt der Autonomen Region Kurdistan im Irak.

¹³⁷ Die PDK ist eine kurdische Partei im Irak. Sie gehört zu den dominierenden Parteien in der autonomen Region Kurdistan im Nordirak.

Teil der Vereinbarung sei, die Şengal-Region unter die Verwaltung der PDK-Regierung zu stellen und die dort etablierte Selbstverwaltung sowie die ezidischen¹³⁸ Selbstverteidigungskräfte aufzulösen. Zur Umsetzung des Paktes sollen laut ANF über 10.000 Soldaten der irakischen Armee in diese Region verlegt worden sein. Aufgrund dieser Entwicklung fanden dort seit Unterzeichnung des Abkommens Proteste statt. Auch in Europa fanden Protestveranstaltungen statt, um Solidarität mit den nach dem IS-Genozid von 2014 aufgebauten autonomen Strukturen zu demonstrieren.

Sowohl der KCDK-E¹³⁹ als auch KON-MED¹⁴⁰ stehen dem Pakt kritisch gegenüber und riefen weltweit zu Protestaktionen auf. Beide Organisationen warfen der PDK und der irakischen Zentralregierung eine Kollaboration mit der Türkei vor.

Außerdem kritisiert der KCDK-E, dass die PDK und die irakische Zentralregierung die ezidische Bevölkerung im Jahr 2014 allein gelassen habe, als die „türkische Marionette namens IS“ angriff.

Am Wochenende des 21. und 22.11.2020 fand in Hannover ein Jugendseminar der TCŞ statt. Das Seminar befasste sich mit der aktuellen politischen Lage in Kurdistan und Europa. Thema war auch die „verräterische Politik“ der PDK dem eigenen Volk gegenüber. Nach dem Seminar nahmen die Jugendlichen ein kurzes Video auf, in dem sie ihren Protest gegen die PDK durch Slogans wie „Biji Serok APO“ und „Bijî Berxwedan“¹⁴¹ zum Ausdruck brachten. Die Teilnehmenden des Seminars in Hannover posierten im Video hinter einer Öcalan- und der verbotenen PKK-Fahne.

138 Ezidisch: Die Eziden oder Jesiden sind eine ethnisch-religiöse Minderheit, deren ursprüngliche Hauptsiedlungsgebiete im Nordirak, in Nordsyrien und im Südosten der Türkei liegen. Heute sind Eziden durch Auswanderung und Flucht auch in anderen Ländern verbreitet. Traurige Bekanntheit erlangte das Ezidentum 2014 durch den Völkermord, den der Islamische Staat (IS) im Nordirak an der religiösen Minderheit verübte.

139 Vgl. „KCDK-E ruft zu Aktionen für Şengal am 26. November auf“ vom 24.11.2020, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News, abgerufen am 25.11.2020.

140 Vgl. „KON-MED ruft zu Aktionen gegen Şengal-Besetzung auf“, vom 25.11.2020, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News, abgerufen am 25.11.2020.

141 Die kurdischen Parolen bedeuten übersetzt: „Es lebe der Führer APO“ (siehe auch Fußnote 126) und „Es lebe der Widerstand“.

Am Abend des 23.11.2020 versammelten sich jugendliche Aktivist*innen und Aktivistinnen von TEKO-JIN und TCŞ u. a. in Hannover vor dem Hauptbahnhof, um gegen die Aggression der PDK-Regierung gegenüber der Shengal-Region zu protestieren. Sie beklagten in einer Rede „den Verrat“ an der ezidischen Bevölkerung während der IS-Angriffe und stellten klar, dass sie die aktuelle Situation nicht akzeptieren würden.¹⁴²

Am 12.12.2020 fand in Hildesheim eine von einem dortigen PKK-nahen Verein organisierte Solidaritätsaktion für die Ezidinnen und Eziden in der südkurdischen Region Shengal statt. Eingeleitet wurde die Versammlung mit einer Schweigeminute zum Gedenken an die Gefallenen des Befreiungskampfes. In Redebeiträgen wurde das zwischen Hewlêr und Bagdad ohne Einbeziehung der ezidischen Bevölkerung getroffene Abkommen verurteilt.

Bundesweite Proteste gegen das PKK-Verbot am 21.11.2020

Anlässlich des 27. Jahrestages des Verbots der PKK hatten im Vorfeld über 60 deutsche und kurdische Organisationen, u. a. KON-MED, YXK, JXK, TCŞ, TEKO-JIN sowie der „Verband der Frauen aus Kurdistan in Deutschland“ (YJK-E), in einer gemeinsamen Erklärung zu einem dezentralen Aktionstag unter dem Motto „Unsere Utopie gegen ihre Repression“ am 21.11.2020 aufgerufen.

KON-MED teilte in ihrer Erklärung mit, dass die PKK eine Freiheitsbewegung sei, die von Millionen von Kurden unterstützt werde. Mit dem vor 27 Jahren erlassenen PKK-Verbot seien den in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden elementare Rechte genommen worden. KON-MED forderte eine sofortige Aufhebung des PKK-Verbotes, weil es eine politische Lösung der Kurdenfrage verhindere.¹⁴³ In Hannover führte „NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurdinnen und Kurden in Hannover e.V.“ eine Versammlung zum Thema „Weg mit dem Verbot der PKK! PKK-Verbot aufheben“ mit etwa 40 Teilnehmenden durch.

142 Vgl. „Hände weg von Şengal“ vom 24.11.2020, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News und „Hannover: Jugendliche protestieren gegen den Bagdad-Hewlêr-Pakt“ vom 23.11.2020, veröffentlicht auf der Internetseite von Nuce Ciwan, beide abgerufen am 25.11.2020.

143 Vgl. „KON-MED mobilisiert zu ‚Unsere Utopie gegen ihre Repression‘“ vom 17.11.2020, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News, abgerufen am 19.11.2020.

In Osnabrück organisierte das „Demokratische kurdische Gesellschaftszentrum – Osnabrück e. V.“ eine Kundgebung gegen das „Verbot der PKK“. Im Lauf der Versammlung mit etwa 60 Teilnehmenden wurden verbotene Fahnen und Plakate gezeigt. Nach polizeilicher Ansprache wurden diese widerwillig und unter Protest eingepackt.

Exekutivmaßnahmen

Am 06.01.2020 wurde in Bremen ein hochrangiger PKK-Funktionär wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung verhaftet. Der Festgenommene war in der Funktion eines PKK-Gebietsleiters für die Bereiche Bremen, Bremerhaven und Teile Niedersachsens zuständig. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die logistische und finanzielle Unterstützung der PKK sicherzustellen. Zu seinen Aufgaben zählte darüber hinaus die Organisation von Veranstaltungen und die Rekrutierung neuer Mitglieder für die PKK.

Der Betroffene war bereits 2016 vom OLG Celle zu einer Haftstrafe wegen Mitgliedschaft in der verbotenen PKK verurteilt worden. Seinerzeit wurden ihm Funktionärstätigkeiten für die PKK im Bereich Oldenburg und Hamburg vorgeworfen. Das OLG Hamburg verurteilte ihn am 01.10.2020 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sieben Monaten.

Aufgrund eines Beschlusses der Staatsanwaltschaft Lüneburg wurden die Wohnungen der Vorstandsmitglieder des „Ezidischen Kultur-Zentrums in Hameln e. V.“ von der Polizei am 18.06.2020 durchsucht. Die Vorstandsmitglieder des Vereins stehen im Verdacht, PKK-Symbolik mit propagandistischer Außenwirkung zu veröffentlichen, um so den inneren Zusammenhalt der illegalen Strukturen der PKK in der Bundesrepublik ideologisch zu fördern. Es wurden u. a. Propagandamaterialien, Fahnen und elektronische Datenträger beschlagnahmt. Die Auswertung der Asservate dauert an.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Tätigkeit der PKK in Europa ist weiterhin auf die logistische, finanzielle und propagandistische Unterstützung des Kampfes in der Heimat (Türkei, Syrien und Nordirak) ausgerichtet. Die Beschaffung finanzieller Mittel für die Ausrüstung und Bewaffnung des militä-

rischen Arms, für die Unterhaltung des Parteiapparates und seiner medialen Plattformen sowie die Parteiaktivitäten bildet daher in Europa und insbesondere in Deutschland auf allen Organisationsebenen einen Schwerpunkt.

Die Lage der Kurden in der Türkei, den kurdischen Gebieten im Irak und in Syrien sowie die Situation des inhaftierten PKK-Führers Öcalan haben seit langem Einfluss auf die Sicherheitslage in Deutschland. Die emotionalen Protestaktionen zeigen, wie unmittelbar der Konflikt in den dortigen Regionen von den Kurden auch in Deutschland wahrgenommen und bewertet wird. Das künftige Verhalten der PKK-Anhängerinnen und -Anhänger hängt daher ganz wesentlich von der weiteren Entwicklung dort ab.

In Abhängigkeit von der Situation im Heimatland steigt sowohl das Risiko gewalttätiger Auseinandersetzungen mit nationalistischen/rechtsextremistischen Türken – insbesondere nach wechselseitigen Provokationen – als auch das Risiko gewalttätiger Angriffe von PKK-Anhängerinnen und -Anhängern – insbesondere emotionalisierter jugendlicher PKK-Anhängerinnen und -Anhänger – auf türkische Einrichtungen.

Die angeführten Entwicklungen bedürfen insbesondere hinsichtlich einer möglichen weitergehenden Tendenz zur Anwendung von Gewalt als Mittel zu politischen Auseinandersetzungen auch weiterhin der intensiven nachrichtendienstlichen Beobachtung.

5.5 Ülkücü-Bewegung

Sitz/Verbreitung	Türkei
Gründung/ Bestehen seit	Mitte des 20. Jahrhunderts
Mitglieder/Anhänger	Bund: Niedersachsen: 700 →
Kurzportrait/Ziele	Die rechtsextreme türkische „Ülkücü (Idealisten)-Bewegung“ entwickelte sich ab Mitte des 20. Jahrhunderts in der Türkei. Ihr Fundament ist ein stark überhöhter Nationalismus, bei dem die Historie der Türkei und vor allem die nach dem 1. Weltkrieg erfolgte Aufteilung des ehemaligen osmanischen Reiches eine grundlegende Rolle spielen. Die Überhöhung geht mit einer gleichzeitig ausgeprägten Abwertung anderer Ethnien einher. Ziel der Bewegung ist der Schutz des Türkentums sowie eine alle Türkvölker in einem „Großtürkischen Reich“ vereinende Nation.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Bei der „Ülkücü-Bewegung“ handelt es sich bedingt durch den stark überhöhten Nationalismus in Verbindung mit der Abwertung anderer Ethnien um eine Bestrebung, die die innere Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet ist. Aufgrund ihrer Ideologie, die insbesondere gegen Juden, Griechen, Kurden und Armenier gerichtet ist und sich nach außen durch Symbole wie die „Drei-Halbmondfahne“ und den „Wolfsgruß“ zeigt, handelt es sich bei der „Ülkücü-Bewegung“ in all ihren Ausprägungen um eine verfassungsfeindliche Bestrebung. Sie erfüllt damit die Voraussetzungen für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz (§ 3 Abs. 1. Nr. 1 und 4 NVerfSchG).

Das ideologische Fundament der Ülkücü-Lehre bildet die 9-Strahlen-Doktrin, verfasst von Alparslan Türkeş (1917–1997) im Jahr 1965. Die Strahlen symbolisieren dabei die Theorien des Nationalismus, Idealismus, Moralismus, traditionelle Wissenschaftlichkeit, Soziabilität, Förderung der Landwirtschaft, Freiheit und Individualismus, Volksnähe, Förderung der nationalen Industrie und der Technik. Aufbauend auf die Doktrin entwickelte sich in der „Ülkücü-Bewe-



gung“ eine Grundhaltung und Idealvorstellung. Diese Vorstellung erstreckt sich auf fast alle Lebensbereiche und stellt eine Lebensphilosophie dar, nach der Ülkücü-Anhängerinnen und -Anhänger zu leben haben. Die totale Identifikation mit der Nation, dem Staat sowie der Religion wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Ein weiteres Kriterium ist die Absicht, ein „Großtürkisches Reich“¹⁴⁴ zu errichten, den sogenannten „Turan“. Danach soll ein Volk (das Türkentum) herrschen, mit einer Sprache (das Türkisch), unter derselben Flagge (die drei Halbmonde), auf demselben Territorium (dem „Großtürkischen Reich“). Dabei sind die Überhöhung des Türkentums, des türkischen Charakters und des Kampfes gegen Separatisten wichtige Elemente. Eine rassistische Sichtweise bestärkt das nationale Bewusstsein und ist ein wesentlicher Bestandteil der Ideologie.

Die Ülkücü-Anhängerinnen und -Anhänger leben nach einem totalitären Normverständnis, nach dem allen Menschen anderer Ethnien, insbesondere Kurden, Angehörige des jüdischen Glaubens oder anderer Minderheiten in der Türkei, keine Akzeptanz oder Respekt gewährt werden. Abgeleitet davon werden Hass und Gewalt gegenüber fremden Gruppierungen als legitim betrachtet.

In der Praxis folgt daraus eine ständige Gewaltbereitschaft gegenüber den Feindbildern, die insbesondere bei den jungen Anhängerinnen und Anhängern und im Internet zu Tage tritt.

Auch eine antidemokratische Grundhaltung mit gezielter Propaganda gegen Linke, Sozialisten, Kommunisten sowie demokratische Institutionen gehört zur typischen Denkweise.

Der größte Ülkücü-Dachverband in Deutschland ist die 1978 gegründete „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF, „Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“), die als Auslandsvertretung der extrem nationalistischen türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP, „Milliyetçi Hareket Partisi“) zu sehen ist. Die MHP wurde 1969 durch Alparslan Türkeş gegründet und ist auf Nationalismus und Turanismus ausgerichtet. Alparslan Türkeş wird von den Anhängern der ADÜTDF bis in die Gegenwart sehr verehrt. Die ADÜTDF pflegt



Logo der ADÜTDF

¹⁴⁴ Das „Großtürkische Reich Turan“ umfasst folgende Regionen: Altai, Aserbaidschan, Baschkortostan, Chakassien, Dagestan, Gagrausien, Kabardino-Balkarien, Karakalpakstan, Karatschai, Kasachstan, Kirgistan, Krim, Nordzypern, Ostturkistan, Tataristan, Tschuwaschien, Turkmenistan, Tuwa, Türkei, Usbekistan und Yakutistan (Quelle: Selbstdarstellung auf turanhaberajansi.org).

eine Anti-EU-Rhetorik und agitiert vehement gegen die PKK. Seit 2018 besteht ein Wahlbündnis mit der „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP, „Adalet ve Kalkınma Partisi“), wodurch beide Parteien zusammen die Mehrheit im türkischen Parlament stellen. Die ADÜTDF mit Sitz in Frankfurt am Main teilt sich in ihrer Organisationsstruktur in Deutschland in mehrere Bölge (Gebiete) auf. Niedersachsen gehört zum Bølge Nord. Aktive Vereine existieren in Braunschweig, Hannover, Osnabrück und Salzgitter. Im bundesweiten Vergleich bildet Niedersachsen keinen Schwerpunkt der Aktivitäten. Auf europäischer Ebene existiert der Dachverband „Türkische Konföderation in Europa“ („Avrupa Türk Konfederasyonu“, ATF). Er besteht aus der ADÜTDF und neun weiteren nationalen Vereinigungen.

Ein weiterer Dachverband der „Ülkücü-Bewegung“ ist die „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa“ („Avrupa Türk İslam Birliği“, ATİB), die sich 1987 von der ADÜTDF abgespalten hat, ohne dass jedoch eine ideologische Neuausrichtung erfolgte. Die ATİB steht für einen stärker islamisch-religiös orientierten Teil der „Ülkücü-Bewegung“.

In Niedersachsen sind ATİB-Vereine mit angegliederten Moscheen unter anderem in Hannover und Osnabrück ansässig.

Verbot der „Grauen Wölfe“ in Frankreich und Reaktionen

Am 04.11.2020 hat die französische Regierung die „Grauen Wölfe“ verboten. Begründet wurde das Verbot damit, dass die Gruppierung wiederholt gewaltsame und bewaffnete Demonstrationen provoziert und zu Hass und Gewalt gegen Armenier aufgerufen habe. Anlass für das Verbot dürften u. a. handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen türkischen und armenischen Migranten in Frankreich gewesen sein. Presseberichten zufolge seien am 29.10.2020 mehr als 80 extremistische Türken, die Todesdrohungen gegen Armenier skandierten, durch Dijon gezogen. Darüber hinaus wurde am 31.10.2020 das an den Völkermord in Armenien erinnernde Mahnmal in der Nähe von Lyon u. a. mit den Worten „Loup gris“ (Grauer Wolf) verunstaltet. Ausschlaggebend dürfte hier auch der Berg-Karabach-Konflikt gewesen sein, bei dem die Türkei und türkische Rechtsextremisten für Aserbaidschan und entsprechend gegen Armenien Partei ergriffen.

Die „Türk-Föderasyon“ Frankreich – die Auslandsvertretung der türkischen MHP in Frankreich, vergleichbar mit der ADÜTDF in Deutschland – distanzierte sich in den Sozialen Medien ausdrücklich von den gewalttätigen Vorkommnissen in Frankreich und rief ihre Mitglieder auf, Ruhe zu bewahren und nicht auf Provokationen einzugehen.

Der ADÜTDF-Vorsitzende forderte die Mitglieder in Deutschland anlässlich des Verbots in Frankreich zur strikten Zurückhaltung auf. Bislang sind in Deutschland und Niedersachsen keinen nennenswerten Reaktionen auf das Verbot in Frankreich bekannt geworden. Der Vorsitzende der ADÜTDF in Deutschland repostete in den Sozialen Medien einen Beitrag der „Türk-Föderasyon“ Frankreich, in dem diese sich ausdrücklich von den gewalttätigen Vorkommnissen distanzierte und sich angesichts der aktuellen islamistischen Terrorwelle mit dem französischen Volk solidarisierte.

Aktivitäten in Niedersachsen

Die Vereine, die der „Ülkücü-Bewegung“ zugerechnet werden, organisieren regelmäßig Treffen zu bestimmten Anlässen. Das Aktionspektrum ist ziel- und zweckorientiert. Um das ideologische Gedankengut zu verfestigen und das Gemeinschaftsgefühl zu etablieren, gehören sowohl kulturelle und familiäre Feste als auch nationale oder religiöse Feierlichkeiten zur Tagesordnung. So werden z. B. seit Jahren Gedenkveranstaltungen für den Urvater Alparslan Türkes, insbesondere sein Todestag am 4. April, in den Vereinen gewürdigt. Im Jahr 2020 war dieser Aktionismus aufgrund der Corona-Regelungen stark eingeschränkt. Die Vereine beachteten die behördlichen Regelungen. Insgesamt wird seit Jahren deutlich, dass der beschriebene Aktionismus nur vordergründig kulturell und religiös geprägt ist. Es schwingt in der Regel eine Überhöhung des türkischen Nationalismus, z. B. durch die Ausgestaltung der Räumlichkeiten mit Flaggen und Symbolen sowie durch die ausgewählte Musik, mit.

Veranstaltungen dieser Art zeigen, dass die der „Ülkücü-Bewegung“ zuzurechnenden Vereine zwar bemüht sind, sich nach außen hin als sozial und engagiert darzustellen. Sie versuchen dabei aber, auch unter außer Acht lassen demokratischer Grundprinzipien, das Wohl und den Schutz der kulturellen und religiösen Werte beizubehalten, nationalistische Werte hervorzuheben und die Anhänger, insbesondere die Jugendlichen, an sich zu binden und im Sinne der Ülkücü-Ideologie zu sozialisieren.

Im Internet wird die ganze Bandbreite der Bewegung und ihrer Anhängerinnen und Anhänger offenbar – häufig in drastischen Bildern und Worten. Viele der meist jugendlichen Anhängerinnen und Anhänger bekräftigen in ihrer Selbstdarstellung über das Internet eine rassistische, kulturelle und mitunter auch religiöse Überlegenheit.

Das Vorgehen der türkischen Armee in den kurdisch besiedelten Gebieten in Nordsyrien und im Nordirak wertete die „Ülkücü-Bewegung“ positiv, da dadurch die Autonomiegebiete an der türkischen Südgrenze beseitigt werden sollen und somit nicht mehr die Souveränität und Integrität des türkischen Staates bedrohen können. Entsprechend waren Spannungen zwischen den Anhängerinnen und Anhängern der „Ülkücü-Bewegung“ und der PKK durchaus wahrzunehmen. Bedingt durch die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie gab es jedoch keine direkten Auseinandersetzungen zwischen nationalistischen und linksextremistischen Türken bzw. PKK-Sympathisierenden. Die Konfrontationen verlagerten sich vielmehr ins Internet. Wahrscheinlich in der Nacht vom 03. auf den 04.10.2020 wurde jedoch an der Fassade des autonomen Zentrums „Alhambra“ in Oldenburg mit roter Farbe mehrmals das Wort „Bozkurt“ („Grauer Wolf“) und die türkische Fahne mit Halbmond und Stern gesprüht. Zudem wurde ein „Free Öcalan“- Bild übermalt. Insgesamt wirkten jedoch die Anweisungen der Ülkücü-Vereine, auf Gewaltanwendung und Provokationen grundsätzlich zu verzichten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die politischen Entwicklungen in der Türkei sind für die „Ülkücü-Bewegung“ in der Bundesrepublik Deutschland sowohl Impulsgeber als auch richtungsweisende Grundlage. Eine ausgeprägte Pro-Erdoğan-Stimmung in Deutschland, die gerade seit der politischen Allianz zwischen AKP und MHP bei den Anhängern zunimmt, verstärkt dabei die nationalistische Ausrichtung der Vereine und eine Abkehr von Integration. Bisher zeigen die Appelle der Vereine, Provokationen nicht in Gewalt ausarten zu lassen, jedoch überwiegend ihre Wirkung. Solange die militärischen Einsätze der Türkei gegen die PKK andauern, muss aber weiterhin im gesamten Bundesgebiet mit Demonstrationen, Spannungen und im Einzelfall auch Ausschreitungen zwischen beiden Gruppierungen gerechnet werden.